Nr. 7 Vaduz, Mittwoch 20. Januar 1926 13. Jahrgang

Liechtensteiner Nachrichten

vormals „Oberrheinische Nachrichten"

Bezugspreis: Liechtenstein und Schweiz: Jährlich Fr. 10.–, halbjährlich Fr. 5.–, vierteljährlich Fr. 2.50, übriges Ausland Fr. 15.–, 7.50 und 4.–

Anzeigenpreis: Für Liechtenstein: Die einspaltige Colonelzeile 10 Rp., Schweiz 15 Rp. Reklame das Doppelte. Wiederholungen erhalten Rabatt nach Tarif.

Amtliches Publikationsorgan für Liechtenstein. Erscheint Mittwoch und Samstag.

Abonnements nehmen entgegen: Sämtliche Postbureaux, die Redaktion (Tel. Nr. 40), die Verwaltung in Vaduz (Tel. Nr. 9, Postcheck-Konto IX 3089), die Buchdruckerei A.-G. in Mels – Inserate nehmen die Verwaltung und die Buchdruckerei in Mels entgegen und müssen spätestens je Dienstag u. Freitag vormittag eingehen. – Druck und Expedition: Sarganserländische Buchdruckerei in Mels A.-G. (Tel. Nr. 55). Außerliechtensteinische Annoncenregie: Publicitas St. Gallen.

Wie man das Volk betört.

(Eingesandt.)

Im „Volksblatt" glaubte ein Ueberkluger durch Vergleich der Gesamtausgabenzahlen des Landesvoranschlages von 1914 und 1925 dem Volke zu zeigen, wie von der einen Seite gespart und von der andern das Geld mit vollen Händen hinausgeworfen wird. Dabei wird aber wohlweislich verschwiegen, daß nicht die Voranschlagszahlen, welche mehr oder minder mit der Wahrscheinlichkeit zu tun haben, sondern mit den wirklich eingetretenen Zahlen der Landesrechnung umgegangen werden muß. Während nämlich der Landesvoranschlag ähnlich wie bei den Gemeinden der Gemeindevoranschlag im Vorjahre gemacht wird, auf Grund der mutmaßlichen Einnahmen und Ausgaben, so wird umgekehrt die Abrechnung auf Grund der wirklichen Einnahmen und Ausgaben am Ende eines Verwaltungsjahres aufgestellt.

Es kann dem Bürger nicht genug wiederholt werden, daß Liechtenstein aus der Schuldenwirtschaftsperiode (allein von 1920 bis 1922 liefen über 900,000 Franken Schulden auf unter der früheren Regierung und dem Landtage) **in eine Einnahmen-Ueberschußperiode unter der jetzigen Regierung und dem abgetretenen Landtage eingetreten ist.** Das ist das unbestreitbare Verdienst.

Ein Vergleich der Voranschläge 1914 mit jenen nach dem Kriege müßte, wenn ernst gemeint, auf die Geldentwertung, auf die gesteigerten Anforderungen an das Land Rücksicht nehmen. Sind die Zahlen der Gemeindevoranschläge auch gleich geblieben? Das wird der famose Schreiber wohl nicht behaupten wollen. Ein weiterer Umstand verdient besonderer Erwähnung: während früher trotz des Voranschlages alljährlich regelmäßig wiederkehrende Ausgaben nicht in den Voranschlag aufgenommen wurden, befleißigt sich die neue Voranschlagsmethode einer besonderen Vollständigkeit. Dadurch werden Ueberraschungen vermieden.

Der Voranschlag für 1914 enthielt an Ausgaben total 271,930 Kronen und an Einnahmen 272,540 Kronen, derjenige von 1926: 774,090.27 bezw. 788,410 Franken. Aber nicht diese Zahlen geben Aufschluß, sondern die einzelnen Posten, wobei immerhin zu bemerken ist, daß zufolge geänderten Aufbaues des Voranschlages der Vergleich vorsichtig und schwer zu machen ist.

Der Posten „Landtag" ist gestiegen (2500 gegen 6200). Dieser Posten ist aber schon seit 1920 gestiegen und seither eher zurückgegangen.

Bei der Regierung ist darauf hinzuweisen, daß die Gehalte höher sind als 1914 (wobei besonders die Geldentwertung und Teuerung eine Rolle spielen). Der Regierungschef-Gehalt mit Fr. 7500 ist auf das Land übergegangen. Neu sind die Posten für die Gesandtschaft (17,000), wofür allerdings ein neuer Einnahmeposten von Fr. 20,000 aus fürstlichen Mitteln gegenüber steht. Die allgemeinen Verwaltungsauslagen sind zeitentsprechend gestiegen. — Die Auslagen für **Schulwesen** wurden angesetzt: 1914: 69,306; 1926 veranschlagt mit 127,075 Fr., also allein bei diesem Posten ein Unterschied von **58,000 Franken.**

Verkehrswesen: 1914 veranschlagt 2400 Kronen; 1925 veranschlagt **130,319 Fr.**, also Mehrausgaben rund **128,000 Franken;** 1926 dagegen **170,680 Franken.**

Hierzu ist zu bemerken, daß 1914 noch Oesterreich sämtliche Einnahmen und Ausgaben aus Post und Telegraph bezog, daß dagegen bei jener Wirtschaft die Auslagen für das Telephon und den bekannten Postwagen auf Kosten des Landes gingen. Heute ist die Post einschließlich Telegraph und Telephon eine der besten Einnahmsquellen des Landes. Das ganze Postbudget ist heute in den Voranschlag aufgenommen, während es früher fehlte. Durch diese Zahlen ist der Landesvoranschlag zahlenmäßig gestiegen, im Endresultate aber günstig beeinflußt. Man verschweigt dem armen Steuerzahler, wie es ist und wie die Posteinnahmen entlastend wirken.

Sanitätswesen. 1914 veranschlagt mit 2400 Kronen, 1926 mit 4700 Fr., also mehr 2300 Franken, worin besonders die Ausgaben für Lebensmittelkontrolle und Gesundheitskommissionen inbegriffen sind und die Kosten für die im Interesse der Volksgesundheit dringend notwendigen Desinfektionen nach ansteckenden Krankheiten.

Für die **Straßeninstandhaltung** wurden 1914: 30,000 Kronen budgetiert, 1926 aber 62,600 Franken und außerdem 24,800 Fr. für den Berger Straßenbau. An besonderen Beiträgen für Straßenbauten und Regulierungen in Planken, Mauren, Gamprin-Ruggell und Schellenberg sind 1926 allein 15,700 Franken eingesetzt.

Die **Rheinbauten** sind im 1914er Landesvoranschlag mit 12,400 Kronen angeführt, die **Rüfeschutzbauten** mit 6000 Kronen. Anders 1926: für die ordentlichen Rheinverbauungen sind 20,250 Fr. als Landesbeitrag vorgesehen und überdies als erste Rate für die Verlängerung des Wuhres beim sogen. Trachter in Triesen 7500 Franken. Die Rüfeschutzbauten sind mit 13,300 Franken für 1926 vorgesehen.

Für die Vorarbeiten zur **Rietentwässerung** sind 1926 als erste Rate 16,000 Fr. eingesetzt, die Gemeinde Triesen ist mit einer Subvention von 8301 Fr. und die Gemeinde Vaduz mit einer solchen von 3234 Franken bedacht.

Für **Land- und Forstwirtschaft** sind 1926 22,840 Fr. eingesetzt, 1914 betrug diese Post 21,500 Kronen.

1914 sind für Steuerüberweisungen und Fondsdotierungen 13,100 Kronen budgetiert, 1926 aber 24,000 Franken, wobei zu bemerken ist, daß die Hundesteuer, die Autosteuer, die Fahrrädersteuer überhaupt von den Gemeinden eingehoben werden.

Für **Pensionen** wurden 1914: 11,363 Kronen erfordert, während diese Post für 1926 27,285 Franken ausmacht. Die 1914 tätigen Beamten, Lehrer und Angestellten sind eben auch älter geworden und haben von ihrem Pensionsanrecht Gebrauch gemacht, zum Teil sind sie gestorben, und ihre Witwen beziehen die Pensionsbeträge.

Für soziale Fürsorge ist die Wirtschaftskammer geschaffen worden. Sie soll dem Handwerker, dem Arbeiter und dem Bauer beistehen. Sie ist 1926 mit 7800 Franken dotiert, worunter auch die Kosten für Fremdenverkehrspropaganda, Arbeitsbeschaffung u. s. w. enthalten sind. Bei diesem Titel sind für die Durchführung der Brandschadenversicherung (natürlich nur für den Fall, als das Volk diesem Gesetze zustimmt) 5000 Fr. eingesetzt, für die Arbeiten zur Kronenaufwertung ebenfalls 2000, für Stipendien an Handwerker 2000 und für Unterstützung des Liechtensteinischen Kranken-Unterstützungsvereines in Schaan 500 Franken. Man sieht, viele soziale Aufgaben sind noch recht dürftig behandelt. 1914 war all dies nicht notwendig. Damals verfügte die Regierung über einen Wohltätigkeitsfonds von mehr als 100,000 Kronen, über einen Landesarmenfonds von mehr als 300,000 Kronen. Der landschäftliche Schulfond hatte ein Vermögen von 192,000 Kronen, der Irrenfürsorgefond von 60,000, der Pensionsfonds der Staatsangestellten zählte 34,000, die Graß'sche Stiftung besaß 42,000 Kronen, die Ing. Schädler'sche Realschulstiftung 65,000 Kronen, der Feuerwehrfonds 20,000 Kr. usw.

Diese reichen Mittel standen der Regierung damals zur Verfügung und aus diesen Zahlen kann jeder ermessen, welche Summen heute wegen Wegfalls dieser Fonds (der Wohltätigkeitsfonds ist mit ca. 40,000 Fr. neugegründet worden, alle anderen Fonds besitzen derzeit überhaupt kein, oder doch nur sehr wenig Vermögen) in den Landesvoranschlag aufgenommen werden müssen.

Der **Zinsendienst für zwei Anleihen** erfordert 1926: 110,000 Franken, die Amortisationen sind mit 35,000 Franken eingesetzt. Von den Zinsen geht allerdings ein Teil schon 1926 wieder ein. 1914 wurden hiefür blos 400 Kronen erfordert.

Aehnlich verhält es sich auch bei den Einnahmen. Zu erwähnen ist hier ein Beitrag des Fürsten per 20,000 Franken an die Kosten der allgemeinen Landesverwaltung. An Mietzinsen gehen 18,700 Fr. ein (1914: 0); an Jagd- und Fischpachten gehen 12,460 Fr. ein (1914: 2200); Steuern, Taxen u. Stempel 288,100 (1914: 59,000); die Zolleinkünfte sind mit 200,000, diejenigen des Salzmonopols mit 15,000 und jene der Post und des Telephons mit 185,650 Franken, zusammen also 400,650 Franken eingesetzt. 1914 sind die Zoll- und Posteinkünfte mit 197,340 Kronen budgetiert. An Zinsen weist das 1926er Budget 35,000 Fr., jenes von 1914: 8000 Kronen auf.

Diese Ziffern zeigen zur Genüge, wie unbegründet die Heranziehung des 1914er Landesvoranschlages zum Vergleiche mit den jetzt geforderten Staatsausgaben ist. Dieser nun durchgeführte Vergleich sträft aber auch die von den Gegnern verbreiteten Zahlen Lügen.

—::—

Das Partei- und Arbeitsprogramm der Volkspartei.

(Korrespondenz.)

1918 und 1922 hatten beide Parteien ein Programm für ihre Tätigkeit aufgestellt. Die Volkspartei ein ausführlicheres und nicht nur auf die Einstellung der Wahlzeit berechnetes, die Bürgerpartei dagegen mehr ein Gelegenheitsprogramm.

Nach all dem vorausgegangenen Lärm und Geräusch, der Siegeszuversicht der Gegner hätte man wohl annehmen dürfen, es werde dem Wähler programmatisch der neue politische Stern am Liechtensteiner Landeshimmel mit einem voll von aus- und aufbauenden Programmpunkten enthaltenen Kometenschweif vor Augen geführt. Nichts ist von alledem eingetroffen, nicht einmal soviel als wie bei früheren Wahlzeiten. Haben vielleicht jene Recht behalten, die da behaupteten, es bestehe ein verborgenes politisches Programm, das dem Wähler erst im Nachhinein vor Augen geführt wird? Soll doch z. B. eine politische Größe als einen Programmpunkt ausgeplaudert haben, wenn die Bürgerpartei ans Ruder komme, müsse der Regierungschef am zweiten Tage vom Posten weg. Andere haben ähnliche Hiobsposten verbreitet. Nun, so tragisch sind auf unserer Seite diese Andeutungen nicht genommen worden, weil man sich ruhig sagte, wir sind denn auch noch da und sorgen dafür, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Gegenüber diesem geheimnisvollen Gebahren ist die Volkspartei den Wählern gegenüber mit einem offenen Partei- und Arbeitsprogramm aufgetreten, damit der Wähler Ziele und Aufgaben der Partei kennen lerne und weiß, wofür er stimmt.

Das alte Programm ist durch die Entwicklung der letzten Jahre teilweise infolge Erfüllung und anderer Umstände überholt worden. Während unser früheres Programm mehr einen verfassungs- und rechtspolitischen Einschlag enthielt mit der ausgesprochenen Absicht, zuerst das Haus recht auszubauen und andere politische Probleme nebenbei berührte, hat sich das Verhältnis den Bedürfnissen und Aufgaben der nächsten Zukunft entsprechend umgekehrt: im Vordergrund steht beim Arbeitsprogramm die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. Erst in zweiter Linie, wenn auch nicht nebensächlich, stehen andere, insbesondere verfassungs- und gesetzgebungspolitische Bestrebungen.

Die einleitenden grundsätzlichen Erklärungen sind sich gleich geblie-

---

4

Feuilleton.

—::—

Vater und Sohn im Examen.

Erzählung von Heinrich Federer

Und erst der Schulratspräsident! — Schon die Erstklässler wissen, daß er nur zusammenzählen, aber weder abziehen noch vervielfachen kann. Auch daß der reiche Schlehbauer Ott nur die zwei Buchstaben seines Namens schreiben kann, das große „O" und das kleine „t". Das große „T" und das kleine „o" könnte er schon nicht mehr kritzeln. „Mit zwei Buchstaben," sagte er einmal im Bauernverein und schlug seine fette Bauernfaust auf faust auf den Tisch, daß die Gläser auftanzten, „mit zwei Buchstaben bin ich Kirchenvorsteher geworden."

Wenn diese Ratsherren und Großbauern nicht Angst haben beim Examen, sollten dann die Knaben und Mädchen sich fürchten, die so viel verstehen? Ja, sollte sich nur schon Wenzel fürchten, da er doch das ganze Abc kennt, nur daß er den Buchstaben schönere Namen gibt und sie nicht wie eine tote Schrift, sondern wie eine lebendige Welt vor sich sieht, Menschen und Tiere, Augen und Nasen und Ohren, Gesichter voll Lachen und Weinen, je nachdem! — Nein, nein, Wenzel hat sich nicht zu fürchten!

Endlich geht die Türe auf; zwei Schulräte treten ein und schütteln dem Lehrer bieder die Hand. Sie tragen das Feiertagskleid mit einer gewissen steifen Würde. Ihre sonnverbrannten und starkbehaarten Hände riechen vom Stall. Aber der lange weite Rock, in dessen Futter die Frauen Nelkenwasser gespritzt haben, macht diesen Geruch der Arbeit verschwinden. Die beiden Männer stellen sich in eine Ecke und betrachten von da freundlich die Kinder. Heimlich gratulieren sie sich, daß zu ihren Zeiten solche strenge Schulen und enge Bänke und so viel Wissensmarter noch nicht bekannt waren. Hie und da nicken sie einem bekannten Mädchen zu, dessen Mutter bei ihnen Wäsche bügelt, oder übergehen geduldig einen Knaben, der letzten Herbst ihr einziges Pfirsichbäumchen am Straßenhag geschüttelt hat, — der verdammte Kerl!

Es klopft wieder, und sogleich, ohne das Herein abzuwarten, stößt der breitschulterige Schulratspräsident die Türe auf. Er hinkt ein wenig mit dem linken Bein, der Mann, der nicht multiplizieren kann. Doch ist sein linker Fuß darum nicht kürzer, sondern er hinkt mehr der Feierlichkeit wegen, um sich sozusagen damit eine beschwerliche Wichtigkeit zu geben. Langsam rutscht er in den hochlehnigen Ehrenstuhl, zieht die Stirne kraus und dreht die Uhr mit dem Schlüsselchen auf.

„Beginnen Sie, Herr Lehrer," sagt er würdig, nachdem er noch einen Blick auf den Stundenzettel geworfen hat. „Beginnen Sie mit der Geographie!" Sein Lebtag hat der Präsident nie Geographie gesagt. Und doch war er bei der Grenzbesetzung als Fähnrich bis an jenes Land gekommen, wo man Bonschur und Mussiö sagt, und dreimal hatte er eine gescheckte Herde von Rindvieh über den Gotthard ins Mailändische hinuntergeführt.

Man beginnt also mit der Geographie.

Die oberen Klassen fangen an von unserem schönen und braven Vaterland zu reden. Wie groß es sei — die Kinder behaupten steif und enest, es gebe kein größeres Land auf Erden. Wenn man auf dem Kirchturm des Dorfes steht, dort, wo in den Ecken so viele Fledermäuse wie braune Lederkappen an den Krallen hangen, — glaubt ihr, man sehe wohl von einem Ende des Vaterlandes zum andern? — Nicht einmal, wenn man auf den Melzberg steigt, der über dem Dörfchen sich steil erhebt. Man sieht weit dort oben, das ist nicht zu leugnen, und die Nachbarn von Wohlheim, die von ihrem Guggisstock noch mehr sehen wollen, lügen wie immer. Nein, man sieht hier auf dem Melzberg am weitesten, sogar den großen Fluß, der zur Hauptstadt wie ein starker Wanderer läuft, sieht man in der Ferne prachtvoll im Schweiße seines Angesichtes glitzern. Und wenn es hell ist, am Abend, ein wenig nach Sonnenuntergang, dann tauchen am südlichen Himmelsrand sonderbare Gebilde auf. Man meint zuerst, es seien Wolken. Dann aber sieht man, daß es Berge sind, die fernen, ungeheuern des Oberlandes, dunkelgrün an den Füßen, grau an der Brust, aber von der Schulter an weiß im heitersten Schnee — und hinter diesen Bergen hört das Land noch immer nicht auf. Da kommen wieder neue Täler, neue Berge, ach Gott, unser Vaterland hat kein Ende.

(Fortsetzung folgt.)

Geschäftsleute, welche bloß alle drei Monate einmal Inserate erlassen, vergessen daß die meisten Leute eine Sache nicht länger als sieben Tage im Gedächtnisse behalten.

ben. Die Volkspartei ist eine **demokratische** Partei und steht auf dem unverrückbaren Standpunkte des Ausbaues der Landeseinrichtungen in gut demokratischem Willen, wie es übrigens die Verfassung will. Sie zieht den Staatsbürger zum Träger und Mitbildner des Staatswillens heran. Nicht Untertan soll er mehr sein, sondern eben mehr: auf- und ausbauendes Mitglied unseres staatlichen Verbandes. In diesem Sinne ist die Periode des Untertanentums vorbei und der Bürger ist Mitträger d. Staatswillens. — Die Politik der Volkspartei soll eine liechtensteinische (nationale) sein, das Schielen nach auswärts findet an der Stellung der Partei Grenzen und Halte. Volkstümlich soll und will die politische Tätigkeit der Volkspartei sein. Gesunde Wünsche und Interessen des Volkes oder einzelner Kreise und Landesgegenden finden bei ihr Verständnis. Weil nicht volkstümlich bekämpft die Partei das Dorfbonzentum und Dorfmagnatentum. Unter gleichen sonstigen Voraussetzungen kennt die Partei keinen Unterschied, insbesondere anerkennt sie nicht die Herrschaft des Geldsäckels und ein durch diesen etwa hervorgerufenes Ansehen. Verurteilt wird von der Partei das Kleinliche, Persönliche, weil es zu nichts, höchstens zu noch Kleinerem führt und unser Volk in den Augen der Umwelt zur Lächerlichkeit zu stempeln geeignet ist. Sind wir nicht schon klein genug, sollen wir uns noch kleinlicher gebärden? Sachliche Politik soll getrieben werden, nicht persönliche, nicht Personenkultus. Das allzu Persönliche im Widerstreite politischer Anschauungen soll vermieden und an dessen Stelle eine die Sache, statt die Person behandelnde kritische Würdigung treten. Wer hat denn etwas von diesem allzu Persönlichen?

Die Volkspartei ist politisch auf dem Boden der katholischen Weltauffassung, entsprechend der Ueberzeugung, entsprechend aber auch der Zusammensetzung unserer Bevölkerung, vor allem unserer Anhänger. Das ist ein alter, von uns von jeher befolgter Programmpunkt, an dem wir uns durch wohlfeile Kritik anderer — um das ein- für allemal zu betonen — von Unberufenen eine Kritik nicht erlauben und auch keine hinnehmen.

Die Volkspartei steht auf dem Boden der Geschichte, als beste Lehrmeisterin. Besonders auf dem Boden der Landesgeschichte, auf dem der weitere Ausbau der Verfassung und Gesetze zu erfolgen hat. Ungeschichtlich und unliechtensteinisch ist die unschöne Bezeichnung: Regierungschef, Regierungssekretär und ähnliches; geschichtlich und alemannischem Geiste entsprechend ist Landammann, Landschreiber, welche Bezeichnungen in unserer Verfassung fehlen. Sie werden gelegentlich wieder einzuführen sein. Aehnlich ergeht es manch andern Postulaten, so vor allem solchen, welche bei Schaffung eines neuen Gemeindegesetzes — aber auch anderer Gesetze — an Stelle volksfremder, übernommener — zu berücksichtigen sind.

Die Volkspartei ist der Anschauung, daß nur einmütiges Zusammenwirken aller Stände: der Landwirte, Gewerbetreibenden und Arbeiter (mit Einschluß der geistigen Arbeiter) eine glückliche staatliche und politische Zukunft verbürgt. Sie lehnt daher die Politik des Hasses, der unfruchtbaren Kritik, der Parteidiktatur und der Klassenherrschaft — von welcher Seite sie immer kommen mag — ab." Diese Sätze sind in jedes Haus getragen worden, als **ehrliches Bekenntnis** zum Zusammenwirken; das war die Hand geboten, dafür haben die Parteignhänger Hiebe und Schläge bekommen. Und man bekommt den Eindruck, daß man keinen Frieden will und doch immer auf den „andern" als den Unfriedenstifter zeigt. So greisenhaft ist jedoch die Partei gottlob noch nicht, als daß sie diese den Frieden nicht fördernde Rolle parieren und ihr ein Halt gebieten könnte. Haß und unfruchtbare Kritik rufen schließlich im Menschen die niedersten Instinkte an, und gegen ein solches Gebahren gibt es nur ein Mittel: zu zeigen, daß man sich nicht alles gefallen läßt, daß man es, wenn es schon sein muß, mit einem furchtlosen Gegner zu tun hat.

Bei alledem hat aber zu gelten, was das Programm unter den grundsätzlichen Erklärungen am Ende sagt: „Ihr **Zweck** ist die Hebung des Wohlergehens des Volkes, seiner Glieder und des Staates, sowie der Gemeinden, wobei dem volkswirtschaftlichen Aus- und Aufbau ein besonderes Augenmerk zu widmen ist und der Ausbau der Gesetze insbesondere unter diesen Gesichtspunkten zu erfolgen hat."

Nicht um ihrer selbst willen, nicht um persönlicher Machtgelüste willen kann eine Partei Daseinsberechtigung haben, sondern nur im Sinne der vorausgehenden Ausführungen. Und das ist Sinn und Inhalt des Programmes der Volkspartei.

—::—

Liechtenstein.

Personalien. Der Vizepräsident des Landgerichtes Feldkirch, zugleich Vorsitzender des fürstl. liechtensteinischen Obergerichtes, Herr Hofrat Dr. Martin Hämmerle in Feldkirch wurde vom österreichischen Bundespräsidenten zum Richter des Obersten Gerichtshofes in Wien ernannt. Wir gratulieren zu dieser Ehrung!

Totentafel. (Eingef.) Letzten Samstag ereignete sich im Mälserholz ein bedauerlicher Unfall mit leider tödlichem Ausgang. Fidel Frick, Sohn des † Josef Frick Nr. 26, wollte mit zwei Mitarbeitern (seinem Bruder Wilhelm und Georg Nigg) ins Holz gehen und strebte neben einer Riese dem Arbeitsplatze zu. Während dieser Zeit ging den schon im Schlage beschäftigten Arbeitern eine Buche durch, welche in der Riese durch einen Stock abgewiesen und hierauf unmittelbar auf Fidel Frick und seine zwei Begleiter zuging. Die letzteren zwei konnten sich noch in Sicherheit bringen, nicht aber Josef Frick, welcher im oberen Teile des Rückens und am Genick getroffen wurde. Schwer verletzt hoben ihn seine Begleiter auf und veranlaßten die erste Hilfeleistung durch Herrn Dr. Grämiger. Dieser wieder ordnete die Ueberführung ins Krankenhaus Wallenstadt an, wo der Verunfallte schon um die Mittagsstunde verschied. Der Verstorbene hatte außer Quetschungen durch den Anprall auch einen Lungenriß erlitten, sodaß ein Aufkommen nicht mehr möglich war.

Der Verstorbene war ein allgemein geachteter braver und sehr arbeitsamer Bursche von kaum 20 Jahren. In Erfüllung seiner harten Pflicht mußte er nun sein Leben hergeben, kaum daß er Gelegenheit gehabt hat, dasselbe recht kennen zu lernen. Der Verstorbene verriet trotz seiner Jugend schon ein großes Interesse am Fortschritte unserer Heimat.

Die Familie war in den letzten Jahren viel vom Unglück verfolgt. Vor einigen Jahren fiel ein 6-jähriges Brüderchen des Verstorbenen von der Heubühne ins Tenn und starb nach einigen Augenblicken. Der Vater des Verstorbenen verschied vor bald zwei Jahren im Krankenhaus in Wallenstadt nach kaum zweitägiger Krankheit an einer Darmverwicklung. Im gleichen Bett hat nun Samstag sein Sohn das Leben dem Schöpfer zurückgegeben.

An der Bahre des Verunglückten trauern seine Mutter mit drei Brüdern und fünf Schwestern.

Selten hat Balzers einen so großen Leichenzug gesehen, wie er Fidel Frick zuteil wurde. Die ganze Gemeinde legte Zeugnis ab von der Beliebtheit, deren sich der Verstorben erfreute, sie wollte zugleich aber auch den Hinterbliebenen das tiefe Beileid bezeugen, das der Familie entgegengebracht wird.

Die ewige Ruhe für den Verstorbenen, Gottes Trost für die Hinterbliebenen. Unser herzlichstes Beileid.

Vaduz. (Eingef.) Todesfall. Samstag vormittags verschied in Vaduz Fräulein Fanny Seger, Tochter des verstorbenen Reinhold Seger in Heiligkreuz. Die Verstorbene erreichte das Alter von 50 Jahren und war seit Jahrzehnten hauptsächlich im Hotelfache in der Schweiz tätig. Der Kronensturz vernichtete das mühsam ersparte Vermögen der Verstorbenen und raubte ihr so die Hoffnung auf einen Notpfennig für ihre alten Tage. Seit längerer Zeit kränkelte Fanny Seger, ein heimtückisches Leiden hatte sich eingestellt und Samstag forderte der Schnitter Tod seinen Tribut. Still und brav, wie sie gelebt, ist Fanny Seger Samstag in die Ewigkeit hinübergeschlummert. An ihrer Bahre trauert ihr Bruder und ihre Schwester.

Sie ruhe im Frieden. Den Angehörigen unser herzlichstes Beileid.

Vaduz. Turnhallenbau. In Vaduz ist es kein Geheimnis mehr, daß sich der Turnverein ernstlich mit dem Gedanken befaßt, ein eigenes Heim zu bauen. Zu diesem Zwecke wurde denn auch schon vor längerer Zeit ein „Turnhallenbau-Komitee" gewählt, dessen Aufgabe es ist, diese Gedanken wenn irgend möglich in die Tat umzusetzen. So weit ist die Sache nun schon vorgeschritten, daß ein von Herrn Baumeister Anton Ospelt, Vaduz, angefertigter Bauplan aufliegt über eine Turnhalle, die, wenn sie zustande kommt, ein Stück der Gemeinde bildet, auf das jeder Bürger einen Stolz haben kann.

Der Neubau, der außer dem Turnsaal, wie er für einen regelrechten Turnbetrieb zur Förderung körperlicher Gesundheit und Gewandtheit der Jugend notwendig erscheint, soll auch nach Möglichkeit allen Bedürfnissen der Gemeinde Rechnung tragen, wenn dieselbe den Turnverein bei dem Bau einer Turnhalle unterstützt. Es erübrigt wohl jeder weitern Erläuterung, daß in Vaduz das dringende Bedürfnis besteht, für die Gemeindeversammlungen einen genügend großen Raum zu schaffen. Eine geordnete Abhaltung von Bürgerversammlungen ist unter den heutigen Verhältnissen total ausgeschlossen. Daß ein Verweilen im Schulgebäude bei einem solchen Andrang von Leuten, mit Rücksicht auf die Baukonstruktion, lebensgefährlich ist, ist Tatsache und jedenfalls unzulässig. Ferner ist es erstrebenswert, daß auch für andere Vereine ein Probelokal geschaffen wird, so insbesondere für den Musikverein, um das Schulgebäude zu entlasten. Nicht zuletzt aber wäre der Landesrealschule wie auch der Volksschule gedacht, ihnen geeignete Turnräume zur Durchführung des Schulturnunterrichtes, zur Verfügung zu stellen. Dann wird die Zeit nicht mehr allzuferne sein, daß in Vaduz eine Gemeindekanzlei mik einem ständigen Sekretär eröffnet werden muß. Dies erfordert wieder geeignete Lokalitäten und da wäre bereits in genügendem Maße in diesem Neubau Vorsorge getroffen. All diesen Bedürfnissen wird Rechnung getragen oder kann vielmehr entsprochen werden, wenn eine Turnhalle nach vorliegendem Plane gebaut wird.

Dies nun zu ermöglichen, ist Sache der Bürger von Vaduz, die, wie ich mit Bestimmtheit vernommen habe, in allernächster Zeit zu einer bezüglichen Gemeindeversammlung zusammen treten werden. Schon hat das Baukomitee mit dem Gemeinderat Fühlung genommen und die erfreuliche Wahrnehmung gemacht, daß derselbe das Unternehmen in anerkennenswerter Weise unterstützt. Möge auch die Versammlung das, was die Gemeindevertretung für gut befindet, unterstützen und dafür eintreten, damit in unserer Gemeinde etwas geschaffen wird, was der Allgemeinheit und der Ertüchtigung der Jugend äußerst förderlich ist. Nur in einem geeigneten Lokal ist es möglich, den heutigen Turnbetrieb aufrecht zu erhalten und zu fördern und damit die heutige Jugend zu gesunden, starken Männern heranzubilden. Denn in einem gesunden Körper wohnt ein gesunder Geist und das soll auch bei uns in Vaduz nicht vergessen sein.

Triesen. (Eingef.) In unserer Gemeinde kommen derzeit Sachen vor, die uns zu einem gerechten Tadel Anlaß geben. So sollen z. B. unsere Besitzstandsbücher einem Nichtbürger zur Besorgung übergeben worden sein. Ferner sollen bei der geplanten Wasserleitungslotterie ein- und derselbe Nichtbürger und sogar ein Ausländer als Komiteemitglieder bestellt worden sein. Sind denn unsere Gemeindeväter nicht mehr imstande, solches selbst zu besorgen oder wenigstens durch Triesner besorgen zu lassen, oder haben erstere mit der Gemeinderechnung von 1923 zu tun, auf welche wir schon lange vergebens gewartet haben (denn heute zählen wir 1926). Wir ersuchen daher die hohe Regierung, in dieser Angelegenheit darauf hinzuwirken, daß unserm dringenden Verlangen endlich Rechnung getragen wird.

Mehrere Bürger.

* * *

Mitteilungen der Wirtschaftskammer.

Wir machen auf jene Berufe aufmerksam, die — in besonderer Berücksichtigung des schweiz. Wirtschaftsgebietes — gute Aussichten auf Vorwärtskommen haben: Bauspengler (die ausgelernten Lehrlinge können erfahrungsgemäß auf sofortige und bleibende Beschäftigung rechnen); Kürschner (hier wie bei guten Maßschneidern ist eine gewisse Begabung im Zeichnen notwendig); Maler (tüchtige Kräfte finden hier immer gute und einträgliche Arbeit); Gießer, Kesselschmiede, Kupferschmiede (gesunden und kräftigen Leuten sind diese Berufe empfohlen); Coiffeur (gute Kräfte sind gesucht und gut bezahlt.)

Es sind zu vergeben: **Schreiner-Arbeiten.**

Für die Interessenten von deutschen Geschäftsverbindungen: In Wien (I. Elisabethstraße 9) ist in Anlehnung an die auslandsdeutsche Kammer für Handel u. Volkswirtschaft zur leichteren Durchführung verschiedener wirtschaftlicher Fragen und Interessen eine behördlich angemeldete Verkehrskanzlei unter dem Namen „Auslandsdeutscher Wirtschaftsdienst Wien" errichtet worden. Diese Stelle steht Interessenten zur Erteilung von Auskünften kaufmännischer und wirtschaftlicher Natur gerne zur Verfügung.

Wirtschaftskammer.

Die politischen Spaghetti in Basel.

Der weltberühmte Maler Murillo hat verschiedene Bettelbubenbilder italienischer und spanischer Natur gemalt. Eines davon stellt einen armen Jungen dar, wie er gerade mit Heißhunger eine Portion Spaghetti verzehrt. Auf seine Art: Ohne Gabel.

Dieser Murillo hätte nun bald eine politische Affähre heraufbeschworen. Hier Ursache und Wirkung:

Ein italienischer Wirt in Basel benutzte das Gemälde zu Reklamezwecken auf einer mit der Trikolore geschmückten Fahne. Darüber erboste der Generalkonsul genannter Nation, Herr Tamburini, derart, daß es dem biedern Spaghettiverkäufer bald an den Kragen ging. Man glaubte nämlich bei den betreffenden Behörden, der italienische Staat sei durch diesen „Handlanger" im Innersten verletzt worden; denn das moderne „Maccaronien" ißt im allgemeinen mit der Gabel. Diese Ursachen müßten einem guten Satyriker oder Lustspieldichter zur Verwertung arg in die Adern stechen. Die Wirkungen jedoch waren schon bedenklicher. Herr Tamburini, der Vertreter des S. P. Q. R. (Senat und römisches Volk) in Basel verlangte mussolinisch die Einziehung der Pässe und deren Annullierung. Diese Maßnahme steht nun im Widerspruch mit den, Abmachungen des schweizerisch-italienischen Niederlassungsvertrages. Herr Tamburini hat schon öfters die große Trommel geschlagen und dabei den schweizerischen Behörden wie seinen Landsleuten gegenüber den rechten Rhythmus der Verträglichkeit verfehlt.

Nun wurde bei Fraktionen und Regierung Sturm gelaufen. Mit Recht. Wir haben uns gegen Uebergriffe fremder Elemente auf unsere Staatsordnung und die Funktionen der Behörden zu wehren. Herr Regierungsrat Schneider in Basel leitete eine Aktion an den Bundesrat ein zur Abberufung Tamburini's. Dieser schloß sich der Große Rat Basel's an. Nun sind aber derartige Desserts auch dem Bundesrat sehr delikat. Mit dem Schema: Strenge im Satz, Milde in der Interpretation läßt sich bei Fragen, welche internationale Beziehungen berühren, mehr erreichen, als mit Geschrei und Protest. In diesem Sinne hat sich auch der Bundesrat, der, nach dem Briefe Bundesrat Mottas an die Basler Regierung zu schließen, die vorschnellen Schritte Herrn Tamburinis mißbilligt, ausgesprochen. Von den ausländischen Konsuln, denen ja kein diplomatischer Charakter zukommt, muß verlangt werden, daß sie sich auf ihren Aufgabenkreis beschränken und die inländische Gesetzgebung respektieren. Da Herr Tamburini sich nicht immer an diese Grundsätze hielt, hat er, auch wenn er seinen Posten in Basel bis auf weiteres beibehält, seine Wirksamkeit in der Schweiz in bedauerlicher Weise erschwert.

Die Quintessenz wird sein, daß man den Murillo wieder aus dem Grabe hervorholt, dessen Ruhe er schon hunderte von Jahren genießt. Seine Aufgabe wird dann eine Korrektur seines beliebten Werkes sein. Sobald nämlich der Betteljunge eine Gabel an die Hand kriegt, mit der er, nach den Lehren Knigges und der modernen Zeit, ißt, ja dann ist der Herr Generalkonsul befriedigt. Es ist zwar ein alter und abgedroschener Spruch, aber ich bringe ihn doch: „Videant consules . . ." — Es mögen die Konsuln und Generalkonsuln nachsehen, daß der Staat keinen Schaden leidet. S.

—::—

Die Opfer der Eisenbahn.

Einer interessanten Abhandlung über Eisenbahnunfälle im „S. B. B.-Nachrichtenblatt" ist zu entnehmen, daß die Zahl der verunfallten Angestellten in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Trotz dem schweren Unfall in Bellinzona, bei dem allein 13 Angestellte verunglückten, sind im ganzen im Jahre 1925 auf eine Million Zugskilometer 3 Angestellte weniger verunfallt als in den beiden Vorjahren und 30 weniger als im Jahre 1919. Mit Ausnahme der letzten zwei Jahre hat auch die Zahl der verunfallten Reisenden eine erfreuliche Abnahme erfahren. In den letzten 10 Jahren sind auf den Linien der Bundesbahnen auf je 10 Millionen Reisende durchschnittlich nur einer getötet und vier verletzt worden. Im Eisenbahnwesen lassen sich drei Gruppen von Unfällen unterscheiden: die Bauunfälle, die Betriebsunfälle und die Unfälle in den Hilfsbetrieben. Seit der Einführung des elektrischen Betriebes ist eine neue Gefahrenquelle dadurch, daß sich das Personal viel in der Nähe von hochgespannten Anlagengen bewegen muß. Eine auffallende Vermehrung der Unfälle und Zugsgefährdungen ist auch bei den Niveauübergängen durch die starke Zunahme des Automobilverkehrs eingetreten. In den letzten vier Jahren fanden auf den Linien der schweizerischen Bahnen 204 Gefährdungen von Zügen durch Motorfahrzeuge auf Niveauübergängen statt, wobei in 115 Fällen geschlossene Barrieren eingerannt wurden. Die Frage der Sicherung der Niveauübergänge in Anpassung an den gesteigerten Automobilverkehr wird bekanntlich gegenwärtig eingehend geprüft.

Die Ursachen, welche Tötungen und Verletzungen beim Eisenbahnbetrieb zur Folge haben, sind mannigfacher Art. So sind z. B. die 32 Angestellten, die im Jahre 1924 bei Unfällen den Tod fanden, wie folgt verunglückt: 7 beim Zusammenstoß in Bellinzona, 2 durch Sturz von einem entgleisten Rollwagen, 2 durch Anprall an einen Gegenzug beim Hinauslehnen, 3 durch Erdrücken im Rangierdienst, 1 durch Sturz von der Lokomotive, 1 durch Sturz von einer Brücke beim Unterhalt des Geleises, 1 durch Sturz von einer Leiter infolge Anfahrens durch einen Rangierzug, 4 durch Berührung mit Starkstrom, 1 durch Schlag eines vom Gepäckhandwagen herunterfallenden Gepäckstückes, 10 wurden von Zügen überfahren, 1 verunglückte auf der Fahrt mit der Draisine, 2 beim Gang von und zu der Arbeit, 2 beim